



Kiel, 30. November 2017

Nr. 357 /2017

Martin Habersaat:

Schlingerkurs oder Strategie der CDU in der Schulpolitik?

Zu Forderungen des Wirtschaftsrats der CDU Schleswig-Holstein, den Zugang zum Gymnasium von Aufnahmeprüfungen abhängig zu machen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Der Koalitionsvertrag der Schwarzen Ampel besteht aus Zuckerpillen und Prüfaufträgen. Da ist viel von Kontinuität und behutsamer Weiterentwicklung die Rede, nicht von grundsätzlichen schulstrukturellen Veränderungen.

Die neuesten Äußerungen des Wirtschaftsrats der CDU Schleswig-Holstein lassen erkennen, dass mindestens Teile der CDU eine ganz andere Agenda haben, nämlich zurück zum gegliederten Schulwesen. Man könnte die Forderung nach Aufnahmeprüfungen für das Gymnasium als randständige Meinungsäußerung abtun, wäre der Vorsitzende dieser Arbeitsgemeinschaft nicht der frühere Landesminister Christian von Boetticher, der immerhin einmal Landesvorsitzender war und beinahe Spitzenkandidat der Schleswig-Holsteinischen CDU geworden wäre.

Dahinter steht eine Strategie: weg vom gemeinsamen Lernen, weg von einem Drei-Säulen-Modell zum Abitur mit Gymnasien, Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen und Beruflichen Gymnasien. Es soll nach dieser Strategie künftig nur eine einzige Schulform für die leistungsstärksten Schüler geben, nämlich das Gymnasium, während die Gemeinschaftsschule sich zu dem zurückentwickeln soll, was früher die Regionalschule war, ein Verbund, der zum ersten und zum mittleren allgemeinen Schulabschluss führt.

Der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Günther sollte jetzt schleunigst klarstellen, ob Herr von Boetticher eine Forderung geäußert hat, die von der CDU geteilt wird oder ob es

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

sich hier um eine Minderheitenmeinung handelt. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, ob die CDU Schleswig-Holstein zurück zur Schulpolitik der 80er Jahre will.